

Brüssel, den 7.10.2015
C(2015) 6758 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 7.10.2015

**über das Jahresaktionsprogramm 2015 für die Demokratische Republik Kongo zulasten
des 11. Europäischen Entwicklungsfonds**

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 7.10.2015

über das Jahresaktionsprogramm 2015 für die Demokratische Republik Kongo zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds¹, insbesondere auf Artikel 9,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 des Rates vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds², insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das Nationale Richtprogramm für den Zeitraum 2014-2020³ angenommen, in dem unter Punkt 1.2 die folgenden Prioritäten genannt sind: Armutsbekämpfung, Umweltschutz, verantwortungsvolle Staatsführung und Infrastrukturen.
- (2) Mit diesem im Rahmen des 11. EEF finanzierten Jahresaktionsprogramm⁴ soll ein Beitrag zum Schutz und zur Aufwertung der einzigartigen Umwelt der Demokratischen Republik Kongo geleistet und der Zusammenhang zwischen der Erhaltung der Umwelt und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Vorteilen für die betroffene Bevölkerung verstärkt werden.
- (3) Die Maßnahme „Umweltschutz und nachhaltige Landwirtschaft für die Erhaltung der bedeutenden Stätten des Weltnaturerbes in der demokratischen Republik Kongo" wird (i) nach dem Prinzip der indirekten Mittelverwaltung mit der demokratischen Republik Kongo, (ii) sowie mit dem Zentrum für internationale Waldforschung (CIFOR) und (iii) im Rahmen der direkten Mittelverwaltung durchgeführt.
- (4) Es sollte ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission⁵ erlassen werden, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet.

¹ ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 1.

² ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 17.

³ Beschluss C(2014)3904.

⁴ Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet (ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1).

⁵ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

- (5) Die Kommission sollte der in diesem Beschluss genannten Einrichtung – vorbehaltlich des Abschlusses einer Übertragungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Der zuständige Anweisungsbefugte muss sich im Einklang mit Artikel 60 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 vergewissern, dass diese Einrichtungen ein Niveau des Schutzes der finanziellen Interessen der Union gewährleisten, das dem für die Verwaltung von Unionsmitteln durch die Kommission erforderlichen Niveau entspricht. Diese Einrichtung erfüllt die Bedingungen des Artikels 60 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstaben a bis d der Verordnung Nr. (EU, Euratom) 966/2012 und die erforderlichen Aufsichts- und Unterstützungsmaßnahmen wurden getroffen.
- (6) Die Kommission sollte dem in diesem Beschluss genannten Partnerland – vorbehaltlich des Abschlusses einer Finanzierungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Im Einklang mit Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012, der aufgrund von Artikel 17 und Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 anwendbar ist, muss der zuständige Anweisungsbefugte dafür sorgen, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Durchführung der übertragenen Aufgaben zu überwachen und zu unterstützen. Diese Maßnahmen und die übertragenen Aufgaben sind im Anhang zu diesem Beschluss beschrieben.
- (7) Der zuständige Anweisungsbefugte kann Zuschüsse ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vergeben, sofern die Bedingungen für eine entsprechende Ausnahme nach Artikel 190 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erfüllt sind, der gemäß Artikel 37 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet. Im Rahmen dieses Programms werden vier Direktzuschüsse gewährt i) an den World Wide Fund for Nature (WWF) für Maßnahmen zum Schutz des Nationalparks Salonga; (ii) an die NRO African Parks Network (APN) für Maßnahmen zum Schutz des Nationalparks Garamba; (iii) an die Virunga-Stiftung für Maßnahmen zum Schutz des Nationalparks Virunga. Die Gewährung dieser Zuschüsse ist aufgrund der rechtlichen Monopolstellung der Empfänger gerechtfertigt, da zwischen dem kongolesischen Institut für Naturschutz (ICCN) und den Empfängern Kooperationsvereinbarungen geschlossen wurden und die Partnerschaften für die Übertragung der Verwaltungs- und Koordinierungsaufgaben bereits geschlossen wurden oder kurz vor dem Abschluss stehen. iv) ein Zuschuss an die Virunga-Stiftung für Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Wasserkraftwerk, das in dem Park gebaut wird. Die Gewährung dieser Zuschüsse ist gerechtfertigt, da der Empfänger de facto eine Monopolstellung innehat. Er ist der einzige Betreiber, der in den letzten zehn Jahren bereits ähnliche Anlagen im Osten der Demokratischen Republik Kongo konzipiert, gebaut und kofinanziert hat. Er hat Durchführbarkeitsstudien (unter Berücksichtigung der technischen, Umweltverträglichkeits- und sozialen Aspekte) finanziert und erstellt und vor Ort Konsultationen zu den neuen Kraftwerken durchgeführt. Nur dieser Betreiber ist in der Lage, unter akzeptablen Sicherheitsbedingungen Anlagen in den instabilen Gebieten im Osten der Republik Kongo zu bauen und die erforderliche Kofinanzierung zu gewährleisten.
- (8) Die Zahlung etwaiger Verzugszinsen muss auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 gestattet werden, die aufgrund von Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden.

- (9) Im Einklang mit Artikel 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 sollte die Kommission definieren, welche Änderungen zu diesem Beschluss nicht substantiell sind, damit derartige Änderungen vom zuständigen bevollmächtigten Anweisungsbefugten vorgenommen werden können.
- (10) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des Ausschusses für den Europäischen Entwicklungsfonds, der eingesetzt wurde mit Artikel 8 des Internen Abkommens zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union⁶ Anwendung findet –

BESCHLIESST:

Artikel 1

Annahme der Maßnahme

Der Beschluss über das beigefügte Jahresaktionsprogramm 2015 für die Demokratische Republik Kongo zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds wird genehmigt.

Das Programm umfasst die folgende Maßnahme:

- Anhang: Umweltschutz und nachhaltige Landwirtschaft für die Erhaltung der bedeutenden Stätten des Weltkulturerbes in der Demokratischen Republik Kongo

Artikel 2

Finanzieller Beitrag

Der Beitrag der Europäischen Union zur Durchführung der in Artikel 1 genannten Maßnahme beläuft sich auf höchstens 120 000 000 EUR zulasten des Europäischen Entwicklungsfonds.

Die in Absatz 1 genannten Mittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3

Durchführungsmodalitäten

Die Haushaltsvollzungsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung werden vorbehaltlich des Abschlusses der entsprechenden Vereinbarungen den im Anhang genannten Einrichtungen übertragen.

Im Abschnitt „Mise en œuvre“ (Durchführung) des Anhangs zu diesem Beschluss sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind.

Zuschüsse können vom zuständigen Anweisungsbefugten nach Artikel 190 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vergeben werden.

⁶ ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.

Artikel 4

Nicht substanzielle Änderungen

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen um höchstens 10 000 000 EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, und kumulierte Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die insgesamt 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten nicht als substanziell im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012, wenn sie die Art und die Ziele der Maßnahmen nicht wesentlich beeinflussen. Die in diesem Artikel festgelegte Obergrenze gilt auch für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann solche nicht substanziellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit beschließen.

Geschehen zu Brüssel am 7.10.2015

*Für die Kommission
Neven MIMICA
Mitglied der Kommission*